Drei Fragen an
Hans-Joachim Fuchtel

Welchen Stellenwert haben Ihrer Meinung nach die Vereinten Nationen beim Thema Flucht und Migration?

Flucht und Migration sind globale Herausforderungen, die kein Land allein meistern kann. Dafür brauchen wir die Vereinten Nationen. Deutschland hat den Flüchtlingsgipfel des UN-Generalsekretärs im letzten Jahr in New York sehr begrüßt und auch, dass die UN-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2018 konkrete Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit vorlegen wollen. Deutschland übernimmt hier eine Führungsrolle. Uns ist wichtig, auch auf die sozialen und wirtschaftlichen Chancen von freiwilliger und geregelter Migration hinzuweisen – sowohl für die Herkunfts- als auch für die Aufnahmeländer.

Die Industriestaaten tragen weltweit betrachtet nur einen relativ kleinen Anteil an der Aufnahme von Flüchtlingen. Über 80 Prozent der Flüchtlinge unter dem Mandat des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) suchen hingegen Schutz in Entwicklungsländern. Welchen Beitrag leistet Deutschland, um eine gerechtere Verteilung herzustellen?

Wir haben selbst bisher fast eine Million Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen. Die meisten Menschen aber suchen erst einmal Zuflucht im eigenen oder Nachbarland. Deshalb unterstützt Deutschland allein die Länder rund um Syrien in den nächsten Jahren mit 3,5 Milliarden Euro: Mit Schulen für über 400 000 Kinder, mit Stromversorgung für 500 000 Menschen und einer Beschäftigungsoffensive, die im Jahr 2017 bislang über 65 000 Menschen in Lohn und Brot gebracht hat. Darüber hinaus setzen wir uns für eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der EU ein.

Die Fluchtursachen von Menschen sind oft vielfältig. Wie könnte und sollte die internationale Gemeinschaft Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpfen?

Niemand sollte gezwungen sein, seine Heimat zu verlassen. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft viel mehr in Frieden und Zukunftschancen investieren – insbesondere für die junge Bevölkerung in Afrika. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in der letzten Legislaturperiode verdoppelt. Gleichzeitig hat Bundesminister Gerd Müller mit dem ›Marshallplan mit Afrika‹ einen Paradigmenwechsel eingeleitet: bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen und Jobs, fairer Handel und Wertschöpfung vor Ort, statt Ausbeutung von Ressourcen.

Hans-Joachim Fuchtel,
geb. 1952, ist seit dem Jahr 2013 parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Schwerpunktsetzungen für die globale Migrationspolitik anbieten und die Funktion einer unabhängigen Überwachungsinstanz einnehmen könnte. In ihrer derzeitigen Form kann die IOM solchen Anforderungen nicht gerecht werden. Zum einen fehlt der Organisation dazu ein völkerrechtliches Mandat, zum anderen wird sie durch eine projektbasierte Finanzierungsstruktur eingeschränkt, die sie zu ständiger – oft unkritischer – Akquise zwingt. Abhilfe könnten ein rechteorientiertes Mandat und eine dauerhafte Grundfinanzierung schaffen. Beide Schritte stehen bisher nicht auf der offiziellen UN-Agenda, werden aber im Rahmen der laufenden Konsultationen zum globalen Migrationspakt informell diskutiert.

Große Herausforderungen

Weiter ansteigende globale Flüchtlingszahlen sowie die prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse vieler Migrantinnen und Migranten deuten darauf hin, dass es kontinuierlicher Anstrengungen der Staatengemeinschaft bedarf, um positive Perspektiven zu entwickeln. In beiderlei Hinsicht sind die auf den Gipfeln angestoßenen Entwicklungen von Relevanz: Bezüglich des internationalen Flüchtlingsschutzes bietet die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten einen wichtigen neuen Bezugspunkt und die Ausarbeitung des globalen Flüchtlingsabkommens stellt eine wichtige Gegenbewegung zu den zu beobachtenden Auflösungserscheinungen des globalen Flüchtlingsregimes dar. Der CRRF hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres als vielversprechendes Instrument erwiesen, um das im Flüchtlingsschutz allzu oft geltende Prinzip der ›Verantwortung qua Nachbarschaft‹ (responsibility by proximity) um eine Komponente verstärkter internationaler Solidarität zu ergänzen.

Der geplante globale Migrationspakt birgt ähnlich großes Potenzial: Er stellt die Gelegenheit dar, die bisherigen Defizite in der internationalen Zusammenarbeit und den institutionellen Strukturen zu identifizieren und auszugleichen. Dieser Prozess bietet einzelnen Staaten Raum, eigene Akzente zu setzen. Die deutsche Regierung, die von mehr internationaler Zusammenarbeit im Bereich Migration profitieren würde und die schon im Rahmen des diesjährigen deutsch-marokkanischen Ko-Vorsitzes des Globalen Forums über Migration und Entwicklung migrationspolitische Kapazitäten aufgebaut hat, sollte diese Chance nicht ungenutzt lassen und sich unter anderem für eine Stärkung des völkerrechtlichen Rahmens der Arbeitsmigration einsetzen.